

buchhaft als Erfolgsgeschichte eines breiten zivilgesellschaftlichen Widerstands. Allabendlich versammelten sich Hunderttausende auf dem zentralen *Platz der Unabhängigkeit* in Kiew, dem *Majdan Nesaleschnosti*, und forderten eine Überprüfung des Ergebnisses. Es kam zu Blockaden und Streiks. Im Dezember wurde die Stichwahl zwischen den beiden Kontrahenten wiederholt. Juschtschenko wurde als Gewinner bestätigt und im Januar 2005 als Präsident vereidigt. Die *Orange Revolution* wurde in starkem Maße von westlichen Einrichtungen unterstützt, und in einigen meinungsbildenden Zeitungen wurde über eine amerikanische Orchestrierung spekuliert. Der Politikwissenschaftlerin Sabine Fischer zufolge, die damals am *EU-Institute for Security Studies* in Paris beschäftigt war, verursachte diese Entwicklung in Russland Befürchtungen, dass sich auch andere Staaten des russischen Einflussbereiches nach Westen ausrichten könnten. Sie schreibt der russischen Führung Einkreisungsphobien zu.⁴

Ruhe kehrte nach der Vereidigung Juschtschenkos in der politischen Landschaft der Ukraine nicht ein. Korruptionsvorwürfe und öffentlich ausgetragene Querelen im Regierungslager sorgten dafür, dass Janukowytsch 2010 erneut zum Präsidenten gewählt wurde. Er verhandelte ein Assoziierungsabkommen mit der EU und gleichzeitig die Integration der Ukraine in eine Zollunion mit der Russischen Föderation. Nach politischem Druck aus Moskau wurde das Abkommen mit der EU allerdings im November 2013 gestoppt. Daraufhin kam es erneut zu Demonstrationen, an denen zeitweise mehr als eine Millionen Menschen teilnahmen. Die Bewegung ist unter dem Begriff *Euromaidan* in die Geschichte eingegangen. Die Regierung reagierte mit Verhaftungen und Polizeigewalt, und der russische Außenminister Sergej Lawrow warnte den Westen davor, sich einzumischen. Dennoch siegte die Opposition, weil sich im Februar 2014 die Polizei, die Armee und der Geheimdienst der Demokratiebewegung anschlossen.

Putin sah diese Entwicklung erneut als Bedrohung und beschuldigte vermeintliche Faschisten, mit Unterstützung des Westens die

Ausrottung alles Russischen zu betreiben. Diese Propaganda verfiel im Donbass ebenso wie auf der Krim, die mehrheitlich von einer russischsprachigen Bevölkerung bewohnt sind, und machte es Putin möglich, eigene expansionistische Ziele als Maßnahmen des Schutzes der russischen Bevölkerung zu deklarieren. Unter russischer Anleitung wurden auf der Krim die Regionalregierung ausgetauscht, ein Autonomiestatus ausgerufen und ein Referendum abgehalten, das eine sogenannte *Wiedervereinigung* mit Russland zum Ergebnis hatte. Im März 2014 bat die neue Regierung Russland um militärische Unterstützung, und Putin annektierte das Gebiet. In den Schulen wurden fortan russische Schulbücher verwendet, der Rubel wurde als Währung eingeführt, und 2019 erhielten die Einwohner die russische Staatsbürgerschaft. Der Westen reagierte mit Sanktionen, doch innerhalb der Russischen Föderation fand dieser Bruch des Völkerrechts breite Zustimmung.

Nach dem Vorbild der Krim begann Putin auch die Donbass-Region zu destabilisieren. In den Regionen Donezk und Lugansk wurden *Souveräne Volksrepubliken* ausgerufen. Pro-russische Separatisten versuchten, die regionale Unabhängigkeit mit Waffengewalt durchzusetzen, und wurden dabei von Russland unterstützt. Zwei Abkommen zur Deeskalation, die unter Beteiligung Deutschlands und Frankreichs in Minsk ausgehandelt wurden, scheiterten am Unwillen der Beteiligten. Die Ukraine beharrte auf der völkerrechtlich bindenden Unverrückbarkeit ihrer Staatsgrenzen, die Russische Föderation und ihre Stellvertreter im Osten des Landes strebten das Gegenteil an. Problematisch war, dass die Verträge eine starke russlandfreundliche Schiefelage aufwiesen, die Putin zu nächsten Schritten der Eskalation ermutigte.⁵ In einem Brief an den ukrainischen Präsidenten forderte er einen einseitigen Waffenstillstand der ukrainischen Armee, den Abzug schwerer Waffen, die Dezentralisierung der Ukraine und eine weitgehende Autonomie der Donbass-Region. Frank-Walter Steinmeier, der damals als deutscher Außenminister handelte, unterstützte die russischen Forderungen durch einen Vorschlag, der als *Steinmeier-Formel* bekannt wurde. Dabei

sollten die Separatistengebiete einen Sonderstatus erhalten und eine Kommunalwahl durchführen. Auf Grundlage des Wahlergebnisses sollte dann über den dauerhaften Status entschieden werden. Große Demonstrationen in Kiew waren die Folge, und Steinmeier verspielte in der Ukraine seinen Ruf als unparteiischer Vermittler.

Dann kam das Jahr 2021, in dem konkrete Vorbereitungen für einen neuen Krieg unübersehbar wurden. Die Russische Föderation stationierte mehr als 100 000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine und auf der Halbinsel Krim und schränkte die Fahrt für ausländische Militärschiffe zu den ukrainischen Häfen am Asowschen Meer ein. Angela Merkel, Emmanuel Macron und Wolodimir Selenskyi mahnten eine Deeskalation an und forderten den Abzug der russischen Truppen. Auch ein Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin im *Normandie-Format* wurde vorgeschlagen. Es handelt sich dabei um einen Gesprächskreis mit Vertretern Russlands, der Ukraine, Deutschlands und Frankreichs. Putin setzte seine Kriegsvorbereitungen jedoch unbeirrt fort. Er kündigte ein Manöver im Schwarzen Meer und die Sperrung bestimmter maritimer Gebiete an. Kriegerische Absichten verneinte er noch im Februar 2022, verschärfte allerdings einen an den Westen gerichteten Forderungskatalog und verlangte u. a. den Abzug von NATO-Truppen und schweren Waffen aus den Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes sowie einen Verzicht auf die NATO-Osterweiterung. Unübersehbar zielte er auf die Entwaffnung großer Teile Europas und die Wiederherstellung russischer Dominanz. Die USA und die NATO lehnten den Affront ab. Im Januar 2022 trat der UN-Sicherheitsrat zusammen, und Russland wiederholte, dass keine Invasion geplant sei. Es folgte eine Reihe deeskalierender Verlautbarungen der russischen Seite, die aber stets durch weitere Verstärkungen der Truppenkonzentration ad absurdum geführt wurden. Für westliche Länder, allen voran die USA, waren dies eindeutige Zeichen eines bevorstehenden Angriffes.

Dann nahm ein Szenario seinen Lauf, das bereits von der Annexion der Krim bekannt war. Am 21. Februar 2022 erkannte Putin

die ukrainischen Verwaltungsbezirke Donezk und Lugansk als unabhängige Volksrepubliken an, diese baten um militärische Unterstützung, und die russische Armee marschierte ein. Der Krieg wurde wohl maßgeblich aus innenpolitischen Erwägungen als *Sonderoperation* heruntergespielt. Putin verkündete in einer haarsträubenden Propagandaansprache, einen angeblichen *Genozid* an der russischen Bevölkerung beenden und die Ukraine *entnazifizieren* zu wollen. Damit knüpfte er rhetorisch an die Geschichte des *Großen Vaterländischen Krieges* gegen das nationalsozialistische Deutschland an, die in der russischen Bevölkerung präsent ist. In der russischen Nachrichtenagentur wurde ein Beitrag des Autors Timofei Sergeitsev veröffentlicht, in dem dieser zur Bestrafung und Tötung der ukrainischen Zivilbevölkerung aufrief, da diese mehrheitlich *Nazis* seien oder das *Nazisystem* unterstützt hätten.⁶ Wer sich fragt, wie es zu den Massakern in Butscha und an anderen Orten kommen konnte, findet in dieser Propaganda die Antwort.

Putin und die Männerfreundschaft

Der Krieg löste auch deshalb Bestürzung innerhalb der westlichen Welt aus, weil man sich eingestehen musste, Putin verkannt zu haben. Bis zum 24. Februar 2022 galt er vielen vornehmlich als Partner einer europäischen Friedensordnung, obwohl seine geostrategischen Ambitionen nicht unbekannt waren. Jahrelang nahm niemand Anstoß an der Aufrüstung, in die in den vergangenen Jahren zwischen 3,7 und 5,4 Prozent des russischen Bruttoinlandsprodukts investiert wurden.⁷ Während viele europäischen Länder ihre Armeen abbauten, weil man sie für überflüssige Relikte einer vermeintlich überwundenen Phase der Geschichte hielt, präsentierte Russland alljährlich bei der Militärparade zum 9. Mai, dem *Tag des Sieges*, an dem die Kapitulation Deutschlands gefeiert wird, die neuen Errungenschaften russischer Waffentechnik. Je stärker sich die osteuropäischen Länder von Russland entfernten, desto ein-

druckvoller wurde diese Selbstdarstellung militärischer Stärke. Zur Waffenschau passte eine immer kriegerischer werdende Rhetorik. Putin, der den Zusammenbruch der Sowjetunion als größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnet hatte, verfolgte einen revisionistischen Kurs. Dabei ging es ihm nicht um den Kommunismus, sondern um die Wiederherstellung eines russischen Imperiums. Nicht Stalin war sein Vorbild, sondern Peter der Große. Putin machte niemals ein Hehl daraus, dass ihn die Vision antrieb, den Bedeutungsverlust rückgängig zu machen, den Russland durch die Unabhängigkeit ehemals russischer Gebiete erfahren hatte. Dass er von der Demokratie wenig hält, war ebenfalls kein Geheimnis. Sein Lebenslauf spricht in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache.

Er begann seine Karriere als Offizier des sowjetischen Geheimdienstes, wurde im Jahr 1999 von Boris Jelzin zum Ministerpräsidenten der Russischen Föderation ernannt und folgte ihm ein Jahr später als Präsident ins Amt. Eine seiner ersten Handlungen als Staatsoberhaupt war die Erhöhung des Militärbudgets um 50 Prozent. Eine andere bestand in einer neuen innenpolitischen Zentralisierung und in der Ausschaltung seiner Gegner. Der prominenteste von ihnen war Michail Chodorkowski, der dem Ölkonzern *Yukos* vorstand und als reichster Mann Russlands galt. Mit Putin geriet er aneinander, weil er die mangelnde innenpolitische Demokratie kritisierte und Reformen anregte. Nachdem er sich öffentlich mit dem russischen Präsidenten über die herrschende Korruption gestritten hatte, wurde er 2003 festgenommen, wegen angeblicher Steuerhinterziehung zu acht Jahren Haft verurteilt und in ein sibirisches Straflager verbracht. *Yukos* wurde zerschlagen und ging in die Hände regierungsnaher Kapitalgesellschaften über. 2009 erfolgte ein weiterer Prozess gegen Chodorkowski, der einiges Aufsehen erregte, weil die Assistentin des zuständigen Richters öffentlich berichtete, der Richter habe ein von anderer Seite angefertigtes Urteil verlesen müssen. Die Zeit unabhängiger Gerichte war in jedem Fall unübersehbar vorbei.

Wie Putin mit Personen umgeht, die ihm unbequem zu werden drohen, lässt sich auch an zwei weiteren Personen dokumentieren.